



FRA-Pressemitteilung

Wien/Den Haag, 17. Mai 2013

## **Angst, Isolation und Diskriminierung bei LGBT-Personen in Europa weit verbreitet**

### **Erfahrungen von mehr als 93 000 LGBT-Personen aus der gesamten Europäischen Union**

Die größte jemals durchgeführte Umfrage zum Thema Hassverbrechen und Diskriminierung gegenüber LGBT-Personen ergab, dass zahlreiche Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen (Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender, LGBT) im Alltag nicht offen leben können. Viele verheimlichen ihre Identität und leben in Isolation oder sogar Angst. Andere erfahren Diskriminierung oder sogar Gewalt, wenn sie ihre sexuelle Orientierung bzw. Geschlechtsidentität offen leben. Die Umfrage wurde von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) durchgeführt. Die Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit, die Grundrechte von LGBT-Personen zu fördern und zu schützen, damit diese ebenfalls die Möglichkeit haben, ein Leben in Würde zu führen.

*„Jede Person sollte zu Hause, am Arbeitsplatz, in der Schule und in der Öffentlichkeit einfach sie selbst sein können – vielen LGBT-Personen ist dies jedoch offensichtlich nicht möglich. Die Ergebnisse der FRA-Umfrage zeigen, dass Angst, Isolation und Diskriminierung bei LGBT-Personen in Europa an der Tagesordnung sind“,* so Morten Kjaerum, Direktor der FRA. *„Wir benötigen EU-weite Maßnahmen, um Schranken abzubauen, den Hass zu besiegen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder seine Rechte uneingeschränkt wahrnehmen kann, unabhängig von der sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität.“*

Zu den Schwierigkeiten, mit denen zahlreiche LGBT-Personen zu kämpfen haben, zählen unter anderem:

- **Schule:** 2 von 3 an der Umfrage teilnehmenden LGBT-Personen verbargen oder verheimlichten in der Schule ihre sexuelle Ausrichtung. Mindestens 60 % von ihnen wurden in der Schule mit abwertenden Kommentaren bedacht oder begegneten dort negativem Verhalten. Außerdem äußerten mehr als 80 % der UmfrageteilnehmerInnen aus allen EU-Mitgliedstaaten, dass sie sich an negative Äußerungen oder schikanöses Verhalten gegenüber LGBT-Personen während ihrer Schulzeit erinnerten. Daher müssen es sich die Mitgliedstaaten zur Aufgabe machen, LGBT-Personen im Schulalltag ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, da genau dort negative Erfahrungen, Vorurteile und Ausgrenzung beginnen. Mögliche Maßnahmen wären an Lehrkräfte und Schüler gerichtete Kampagnen, die ein stärkeres Bewusstsein für die Situation von LGBT-Personen schaffen, sowie Strategien gegen homophobes Verhalten.
- **Berufsleben:** 19 % der TeilnehmerInnen an der Umfrage fühlten sich am Arbeitsplatz oder bei der Stellensuche trotz des durch Unionsrecht garantierten Schutzes diskriminiert. Dies zeigt die Notwendigkeit EU-weiter Maßnahmen zur Bekämpfung der zahlreichen Hindernisse, die LGBT-Personen bei der Wahrnehmung ihrer Grundrechte im Alltag erleben.
- **Angst:** 26 % der LGBT-Personen, die an der Umfrage teilnahmen, waren in den vergangenen fünf Jahren tätlich angegriffen worden oder Gewaltandrohungen ausgesetzt. 66 % der Befragten in allen EU-Mitgliedstaaten wagen es nicht, in der Öffentlichkeit die Hand ihres gleichgeschlechtlichen Partners zu halten. Bei homo- und bisexuellen Männern lag der Anteil bei



75 %. Dies zeigt, dass LGBT-Personen, die Opfer von Gewalt oder Bedrohung geworden sind, EU-weit und national Anerkennung und Schutz benötigen, damit wirksam gegen Schikanen und Hassverbrechen vorgegangen werden kann, die für LGBT-Personen häufig ein Leben in Angst bedeuten. Mögliche Maßnahmen wären polizeiliche Schulungen und Hilfsangebote für Opfer sowie Gesetze gegen Hassreden und -verbrechen.

Die Umfrage zeigt auch, dass Transgender-Personen unter den TeilnehmerInnen an der Umfrage am stärksten von Diskriminierung betroffen sind, insbesondere am Arbeitsplatz und bei der medizinischen Versorgung. Etwa 30 % gaben an, dass sie im Jahr vor der Umfrage mehr als drei Mal Opfer von Gewalt oder Gewaltandrohung geworden seien.

Es wurde auch festgestellt, dass Fälle von Diskriminierung und Hassverbrechen nur selten gemeldet werden, und das, obwohl 56 % der UmfrageteilnehmerInnen wissen, dass Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung oder Geschlechtsidentität gesetzlich verboten ist. Die Hälfte der Personen, die Opfer von Gewalt oder Bedrohung geworden waren, hatte den Eindruck, von der Polizei keine Hilfe erwarten zu können. Dieses Phänomen ist nicht auf die untersuchte Gruppe der LGBT-Personen beschränkt. Die FRA stellte auch bei anderen Gruppen fest, dass Übergriffe nur selten gemeldet werden, zum Beispiel bei Angehörigen ethnischer Minderheiten (siehe [FRA-Berichte zu Hasskriminalität](#), 2012).

Bei der Online-Umfrage wurden LGBT-Personen dazu befragt, ob sie mit Diskriminierung, Gewalt, verbalen Beleidigungen oder Hassreden aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität konfrontiert worden sind. Sie wurden auch gebeten, anzugeben, wo sich solche Vorfälle ereignet hatten, zum Beispiel in der Schule, am Arbeitsplatz, bei der medizinischen Versorgung oder an öffentlichen Orten.

Die Analyse der Umfrageergebnisse ist in zwei Berichten dokumentiert. Die Ergebnisse leisten einen Beitrag zu Debatten über Gesetzgebung und Richtlinien zur Verbesserung der Situation von LGBT-Personen in der EU und den Mitgliedstaaten.

Die Berichte können hier abgerufen werden:

- [LGBT-Umfrage in der EU: Ergebnisse auf einen Blick \(die wichtigsten Ergebnisse werden in einfachen Diagrammen dargestellt\).](#)

**Weitere Informationen erhalten Sie unter folgender Adresse:** [media@fra.europa.eu](mailto:media@fra.europa.eu)

Tel.: +43 1 580 30 642; außerdem [Medien-Memo](#), [Factsheet](#) und [Online-Datendarstellung \(dort werden die Ergebnisse für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten präsentiert\).](#)

#### **Hinweise für die Redaktion:**

- An der Online-Umfrage nahmen mehr als 93 000 LGBT-Personen ab 18 Jahren aus der gesamten EU und Kroatien teil. Hintergrundinformationen zur Durchführung der Umfrage sind im [technischen Bericht](#) enthalten.
- Die Umfrageergebnisse werden am Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie am 17. Mai 2013 bei einer von der niederländischen Regierung in Den Haag veranstalteten Konferenz präsentiert.
- Die FRA führt seit 2007 rechtssoziologische Untersuchungen zu den Grundrechten von LGBT-Personen durch. Weitere Informationen finden Sie auf der [FRA-Website](#).



**FRA**

EUROPEAN UNION AGENCY FOR FUNDAMENTAL RIGHTS



- Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) bietet Entscheidungsträgern in der EU und auf nationaler Ebene faktengestützte Grundrechtsberatung und trägt dadurch zu fundierteren und zielorientierteren Debatten, Richtlinien und Gesetzen zu Grundrechten bei.